

Die „Raibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnoud-Spaltenzelle oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Raibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Mai d. J. zum ersten Oberfinanzrath bei der Finanzlandesdirektion in Venedig den dortigen Oberfinanzrath Leopold Prachtl allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. Mai d. J. den Prager fürstbischöflichen Konsistorialrath, Pürglitzer Bezirks-Bischof, Schuldistriktsaufseher und Pfarrer zu Mischburg, Karl Hyna, zum Ehrenkanonikus des Kollegiatkapitels zu Altunzlan allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat den Finanzrath bei der östgalizischen Finanzlandesdirektion, Heinrich Lichtner, in gleicher Eigenschaft in das Präsidium der Finanzlandesdirektion in Wien versetzt.

Rundmachung

Der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landeskommission für Krain dd. 18. Mai 1863, Z. 1259, betreffend die Auflösung der k. k. Lokalkommission in Adelsberg und die Uebertragung des Wirkungskreises derselben an das k. k. Bezirksamt in Adelsberg.

Es wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß mit Genehmigung des hohen k. k. Staatsministeriums die bisher in Adelsberg bestandene Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Lokalkommission mit Ende Mai 1863 aufgelöst und der Geschäftskreis derselben an das k. k. Bezirksamt in Adelsberg übertragen wird.

Nichtamtlicher Theil.

Raibach, 22. Mai.

Die wichtigste Frage des Tages ist die polnische, vor ihr treten alle anderen zurück. Europa weiß, daß von derselben Krieg und Frieden abhängt; daher lauscht man allerwärts den darüber laut werdenden Stimmen, die jedoch, weil diplomatisches Dunkel über der Angelegenheit liegt, oft ins Vage schweifen. Eine dieser Stimmen behauptet, daß auch der am 17. kommenden Monats sich versammelnde Reichsrath in irgend einer Weise sich mit der polnischen Frage beschäftigen werde. Wir halten das gar nicht für unwahrscheinlich, und glauben, daß zunächst die galizischen Abgeordneten die Sache anregen dürften.

Ueber die diplomatischen Schritte, welche seit dem Eintreffen der russischen Antwortnoten von Seiten der drei Mächte geschehen sind, theilt das in Paris neu erschienene Wochenblatt „Le mémorial diplomatique“ mit, Frankreich habe England und Oesterreich aufgefordert, einen Pazifikationsplan zu erfinden, dessen Annahme sich in St. Petersburg empfehlen ließe.

Die englischen und österreichischen Propositionen wären nun in Paris bereits bekannt worden; der Vergleich, den das Cabinet von St. James vorschlägt, begreife vier Punkte in sich, und zwar die nachstehenden: 1) Abschluß eines Waffenstillstandes auf die Dauer eines Jahres; 2) Belassung der russischen Garnisonen in den Festungen Polens; 3) sofor-

tige Einsetzung einer nationalen Verwaltung; 4) unbedingte Amnestie, so daß kein in der letzten Insurrektion Kompromittirter in Verhaft oder vor Gericht gestellt werden könnte.

Diese vier Propositionen wären am 8. Mai von London abgegangen und hätten sich mit den österreichischen gekreuzt, welche folgende Punkte umfassen: 1) Eine reelle Amnestie; 2) Gewährung einer nationalen Vertretung nach Art des galizischen Landtags; 3) Autonomie der Verwaltung; 4) volle und unbeschränkte Religionsübung; 5) Einführung des Polnischen im Unterricht und in der Verwaltung, und Erklärung desselben als offizielle Landessprache.

Frankreich zeige sich geneigt, die Vorschläge beider Mächte als Ausgangspunkt der Verhandlung zu benutzen; es sei sogar dessen gewiß, daß auch Rußland gegen diese Forderungen Englands und Oesterreichs im Prinzip wenig einzuwenden habe. Nur ein Punkt der englischen Propositionen müsse auf große Schwierigkeiten stoßen; es ist der, welcher auf sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes geht. Der Kaiser von Rußland werde es peremptorisch verweigern, mit den Insurgenten von Macht zu Macht zu verhandeln, und ohne solche Verhandlung sei der formelle Abschluß des Waffenstillstandes eine Unmöglichkeit. Frankreich bemühe sich aus Kräften, da einen Ausweg zu suchen; vielleicht könne man die Feindseligkeiten durch stillschweigendes Einvernehmen beider Theile aufheben und die Kämpfenden in der Passivität verharren lassen.

Die „Indep. belge“ hebt hervor, daß die Waffenstillstands-Idee von einem Theil der französischen Presse mit ganz besonderer Vorliebe gehegt und gepflegt werde, und glaubt, England habe diese Idee nur darum in seine Vorschläge aufgenommen, um das von Frankreich vorangestellte Kongressprojekt zum Scheitern zu bringen.

Man sieht, die Lösung der Angelegenheit steht noch im weiten Felde.

Zur polnischen Angelegenheit.

Nach Nachrichten aus Paris entwickelt Graf Wladislaw Czartoryski dort eine außerordentliche Thätigkeit, um die von seinem Vater ererbte Hoffnung auf den polnischen Thron zu verwirklichen. Schon seit Mitte März befindet sich in seiner Hand die ganze Leitung der auswärtigen Verhältnisse des polnischen Aufstandes, namentlich der auf denselben bezüglichen diplomatischen und publizistischen Thätigkeit. In seiner Eigenschaft als Chef der auswärtigen polnischen Angelegenheiten ist er das Organ, mit dem die französische offizielle Welt in vertraulicher Beziehung steht. Er hat häufig Besprechungen mit dem Kaiser, von dem er öfter zur Tafel gezogen wird, oder mit dem Minister Drouin de Lhuys, oder mit dem ehemaligen Minister Walewski. Die Weisungen, die er in den offiziellen Kreisen erhält, theilt er sofort den Leitern des Aufstandes in Polen mit. Er hat im Laufe von zwei Monaten mindestens eine Million Francs für den Ankauf von Waffen u. dgl. ausgegeben. Das Geld wurde ihm theils von den Polen-Comités in Frankreich und England, theils aus Polen zugesandt.

Zu Vertretern der polnischen Sache im Auslande ernannte der Fürst Czartoryski schon Anfangs März: für London seinen Oheim Graf Wladislaw Zamoycki, für Wien den Fürsten Sangusky, für Berlin den Grafen Cieszkowski, für Stockholm seinen Vetter, den Fürsten Konstantin Czartoryski. Die Hauptaufgabe dieser diplomatischen Agenten ist, die öffentliche Meinung zu Gunsten der polnischen Sache zu stimmen und wo möglich mit Staatsmännern und anderen einflussreichen Personen Verbindungen anzuknüpfen. In London hat auch die demokratische Par-

tei noch einen diplomatischen Agenten in der Person des Emigranten Cwierciakiewicz, der mit dem Grafen Wladislaw Zamoycki scheinbar Hand in Hand geht, aber alle Schritte desselben streng überwacht und an das Warschauer National-Comité regelmäßige Berichte einsendet.

Eine ganz besondere Aufmerksamkeit wendet der Fürst Czartoryski den Zeitungen zu. Er unterhält in seinem Hotel mit großen Kosten ein eigenes Bureau, in welchem mehrere französische und polnische Literaten mit Abfassung von Leitartikeln und Korrespondenzen für französische und englische Zeitungen beschäftigt sind. Diese Artikel, zu denen das Material regelmäßig aus Posen und Krajan eingesandt wird, üben großen Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die Parole, welche vom Fürsten Czartoryski dem Lande gegeben wird, ist: „Halten Sie die Revolution so lange im Gange, als nur immer möglich.“ Dies sollen die eigenen Worte des Kaisers Napoleon sein. Bemerkenswerth ist, daß der Fürst mit Bestimmtheit auf die bewaffnete Intervention Frankreichs rechnet.

Man meldet aus Paris vom 18. d. M.: „Briefe aus Stockholm, welche hier Personen empfangen, die zu den politischen Kreisen des Fürsten Czartoryski in naher Beziehung stehen, versichern, daß von jener Stadt großartige Waffenversendungen für die polnische Insurrektion abgegangen. Man spricht von 12.000 Musketen, 6000 Minenbüchsen und 50 Geschützen, wozu die Pavetten in Polen bereit gehalten werden. Wo und auf welche Art diese Waffen nach dem Kriegsschauplatz geschmuggelt werden sollen, wird natürlich nicht gesagt, aber es liegt auf der Hand, daß sie an irgend einem Punkte der baltischen Küste ausgeliefert werden dürften. Neben der polnischen Propaganda — heißt es weiter — sind in Stockholm auch Alexander Herzen, Bakunin, Cassanoff und Dolgoroukoff im spezifisch russisch-revolutionären Sinne thätig. Der Plan der Letzteren ist nicht so sehr auf eine Insurrektion in den russischen Ostsee-Provinzen, als vielmehr auf einen Aufstand in Petersburg selbst gerichtet. Die revolutionären Symptome, welche im Laufe der letzten Wochen in der russischen Hauptstadt hervorgetreten, die Verbreitung geheimgedruckter Journale, die Verhaftungen in mehreren Militär- und Zivil-Erziehungs-Anstalten, stehen mit den Anschlägen der russischen Revolutionäre im Auslande augenscheinlich im Zusammenhange.“

Man schreibt aus Genua vom 18. d. M. von aut unterrichteter Seite: „Ich bin in der Lage, Ihnen mittheilen zu können, daß Garibaldi von dem polnisch-demokratischen Emigrations-Ausschuß in Paris ein Schreiben erhalten, worin der General ersucht wird, Kriegserprobte und zugleich gesinnungstüchtige italienische Offiziere nach Polen zu schicken, damit diese an dem dortigen Kampfe theilnehmen und gleichzeitig die demokratische Propaganda unterstützen, deren Erfolg durch die Antriebe der polnischen Adelspartei in Frage gestellt sei. Garibaldi soll diesem Ansuchen bereitwillig willfahrt haben und mehr als dreißig seiner ehemaligen Offiziere eingeladen haben, sich unverweilt nach dem polnischen Kriegsschauplatz zu begeben. Einen Theil der erforderlichen Reisekosten trägt die Kasse der Aktionspartei, den anderen der demokratische Ausschuß der polnischen Flüchtlinge in Paris. Auch die französischen Demokraten wollen in dem bezeichneten Sinne in Polen thätig sein, eine Absicht, die vornehmlich von dem Republikaner Duprat, einem persönlichen Freunde Mikoslawski's, angeregt worden ist. Der Umstand, daß in jüngster Zeit in den verschiedenen, in Polen gelieferten Treffen auffallend zahlreiche französische und italienische Führer aufgetaucht, lassen an der Richtigkeit der Mittheilungen kaum zweifeln.“

Aus Marseille, 18. Mai, wird gemeldet:

Oesterreich.

Mit dem letzten türkischen Postdampfer sind aus Konstantinopel siebzehn Polen aus der polnischen Kolonie bei Scutari hier angekommen. Es sind größtentheils jüngere Leute, welche nach kurzem Aufenthalt in dieser Stadt nach Paris gingen, wo man für ihre weitere Beförderung nach Polen Sorge tragen wird. Es sollen noch weitere Abtheilungen polnischer Emigranten aus jener Kolonie hier eintreffen, welche ein Kontingent von 300 Mann zu dem polnischen Aufstande stellen sollen.

Schreiben des Papstes über Polen.

Die „Köln. Ztg.“ bringt folgende, wie sie ausdrücklich hinzugefügt, verbürgte Mittheilung:

„Se. Heiligkeit der Papst hat allerdings nicht die Vermittlung oder Verwendung der beiden mächtigsten katholischen Monarchen, des Kaisers von Oesterreich und des Kaisers der Franzosen, für die katholischen Unterthanen des Kaisers von Rußland in Anspruch genommen, sondern er ist weiter gegangen: er hat sich in einem eigenhändigen Schreiben unmittelbar an den Czaren selbst gewandt, und zwar, wie man wissen will, mit sehr ernst gehaltenen eindringlichen Worten. Der genaue Inhalt dieses vertraulichen Schreibens ist natürlich nicht in weitere Kreise gedrungen, doch hört man von unterrichteter Seite darüber einzelne Andeutungen. Es heißt, der Papst habe nicht allein vom allgemein christlichen Standpunkte aus den Kaiser ermahnt, seine, wenn auch einem anderen Ritus folgenden Mittheilungen christlich zu behandeln, und für deren etwaige politische Irthümer das allgemein gültige Errare humanum entschuldigend angeführt, sondern er soll auch einen erheblichen Theil der Schuld an den jetzigen Wirren und Leiden des unglücklichen Polenvolkes geradezu der russischen Regierung zugeschoben und dieser namentlich die Nichterfüllung der übernommenen Vertragspflichten zum Vorwurf gemacht haben.“

Die Hindeutung auf den Art. VI des Vertrages von 1773 und auf den Art. VIII des Traktates von Grodno (13. Juli 1793), die beide in den Verträgen von 1815 bestätigt und ergänzt worden sind, soll in dem päpstlichen Schreiben deutlich und ebenso wenig mißzuverstehen sein, wie der Nachweis, daß sämtliche russische Herrscher seit Katharina II. diese Stipulationen fortwährend gröblich verletzt haben. Alle diese Punkte zusammengekommen, so wie der eindringliche Ton geben dem Schreiben einen Charakter, der es sehr wahrscheinlich macht, daß eine wortgetreue Veröffentlichung desselben wenigstens von russischer Seite niemals veranlaßt werden dürfte. Von einigen Seiten wird die eben jetzt stattfindende Reise des römisch-katholischen Erzbischofs von Lemberg, Wierchelski, nach Rom mit dem Gegenstande des päpstlichen Schreibens in Zusammenhang gebracht.“

Wien, 21. Mai. Mit Allerhöchster Entschliebung vom 17. d. M. wurde der vom Salzburger Landtage für das Verwaltungsjahr 1863 und provisorisch auch für die Monate November und Dezember 1863 und den Monat Jänner 1864 votirte Landesfonds- und Grandentlastungs-Zuschlag genehmigt.

Wien. Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Ludwig haben dem tirolischen Nationalmuseum neuerdings ein sehr werthvolles Geschenk gemacht, bestehend in einem von Schropfberg gemalten Brustbilde Sr. k. Hoheit.

Wien, 21. Mai. Aus Ebenzeiler ist das nachfolgende Telegramm über das Befinden Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigst-hochwürdigsten Herrn Erzherzogs Maximilian d'Este eingegangen: „Die Erleichterung in den Krankheits-Erscheinungen dauerte während des Tages fort; von halb 9 Uhr Abends bis Mitternacht ruhiger Schlummer; beim Erwachen mäßiger Anfall von Beklemmung, hierauf gewöhnliche Beruhigung.“

— Aus Schloß Seelowitz, 21. Mai, wird gemeldet: Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Elisabeth, Gemalin Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl Ferdinand, sind heute 7 Uhr früh glücklich von einem Erzherzoge entbunden worden.

— Das Brünner l. l. Landesgericht in Strafsachen hat am 18. d. M. den Pater Franz P., derzeit Cooperator in Roznau, wegen des Vergehens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche, zum einfachen Arreste in der Dauer von 14 Tagen und zum Erfasse der Kosten des Strafverfahrens und Strafvollzuges verurtheilt.

Graz, 18. Mai. Das Projekt, noch am Schlusse dieses Jahres in der Hauptstadt Steiermarks eine „Akademie für Handel und Industrie“ ins Leben zu rufen, geht mit raschen Schritten seiner Ausführung entgegen. Diese Bildungsanstalt soll nach dem Muster der Wiener und Prager Handels-Akademie gestaltet werden, dadurch sich aber von beiden unterscheiden, daß sie ein Lehr-Institut für alle Industriellen werden soll. Dieses an sich wichtige Moment hat der hiesige Kaufmann, Herr Johann Oberrazmeyer, bei der gestern stattgefundenen General-Versammlung der Gründer der hier zu errichtenden Handels-Akademie betont, welche durch Zeichnung namhafter Geldbeträge ihr lebhaftes Interesse an dem Zustandekommen dieser Anstalt betheiliget haben.

Die Grazer Handels-Akademie dürfte für den ganzen südwestlichen Theil des Kaiserstaates eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gewinnen, die umso-

mehr, als man bei Entwerfung des Lehrplanes darauf Rücksicht nehmen will, daß die Anstalt nicht nur tüchtige Comptoiristen, sondern auch praktische Geschäftsmänner heranzubilde.

Agram, 19. Mai. In der gestrigen Sitzung der Agramer Komitats-Kongregation wurde über Antrag des Advokaten Wrazović der von einem Ausschusse ausgearbeitete Entwurf einer Gemeindeordnung verworfen und ein neuer Ausschuss ernannt, welcher auf Grundlage der bis zum Jahre 1848 bestandenen Gesetze, soweit dieselben durch die Bewegung desselben Jahres nicht ihre Gültigkeit verloren haben, eine Instruktion für die Gemeindeorgane zum Behufe einer sofortigen Besserung in der Verwaltung der Gemeinden entwerfen soll.

— Seit einigen Tagen weilen in Pest zwei Abgesandte des Schweizerbundes: Der Direktor der Züricher Veterinär-Anstalt, Zanger, und der schweizerische Stabschirurg, Josef Paganini, um in Ungarn über die Viehseuche und deren Behandlung praktische Studien zu machen.

Junzbrunn, 16. Mai. Heute war beim hiesigen l. l. Landesgerichte vor zahlreicher Zuhörerschaft die Schlussverhandlung gegen die „Inn-Zeitung“ wegen Beleidigung des Landtages. Das Urtheil lautete auf 14 Tage Arrest für den Redakteur und 20 Gulden Strafe für den Herausgeber. Die Berufung an das Oberlandesgericht wurde angemeldet.

Deutschland.

Berlin, 19. Mai. Nach der „Bank- u. Handels-Zeitung“ ist der Gedanke, die Kronsyndici zu befragen, wieder aufgetaucht, eine definitive Entscheidung jedoch bis jetzt noch nicht gefaßt. Eine solche sei um so schwieriger, da leicht eine Spaltung des Ministeriums hervortreten könnte. — Die heutige Morgennummer der „Börsen-Zeitung“ ist konfisziert worden.

Italienische Staaten.

Turin, 18. Mai. In den nächsten Tagen wird eine Schrift das Licht der Oeffentlichkeit erblicken, die geeignet sein wird, über die diplomatischen Mittel, welche den Ereignissen des Jahres 1859 in Italien vorausgegangen sind, nicht uninteressante Enthüllungen zu liefern. Massimo d'Azeglio schreibt seine Memoiren und sollen dieselben höchst wichtige Daten aus seinem Wirken in der neuesten Zeit enthalten. Bei der großen Verehrung, welche dieser Staatsmann namentlich in Piemont genießt, ist es begreiflich, daß man dessen Schrift mit großer Spannung entgegenfieht.

Amerika.

Die amerikanischen Nachrichten lauten den Bundesstruppen günstig. Der General Hooker hat die

Feuilleton.

Die Pressefreiheit und ihre Geschichte in Oesterreich.

Unter dem Titel: „Historisch-genetische Erläuterungen des österreichischen Pressgesetzes von Georg Lienbacher“ ist im Verlag von Braumüller ein beachtenswerthes Buch erschienen. Jedes neue Gesetz, es mag noch so klar seinem Inhalte wie seiner stilistischen Fassung nach sein, bedarf zum Verständnisse für alle jene, welche demselben — der legislativen Arbeit nach — fern stehen, welche es aber anzuwenden oder sich sonst mit ihm vertraut zu machen beabsichtigen, der Erläuterung. Diese haben entweder den Zweck, durch Vorführung gerichtlicher Entscheidungen und theoretischer Interpretationen dem praktischen Bedürfnisse zu genügen, oder die Anwendung des Gesetzes durch die Darstellung des historischen Werdens desselben und der Motive des Gesetzgebers zu erleichtern. Das angezeigte Buch ist erschienen, bevor das neue Pressgesetz eine eingreifende Wirksamkeit entfaltet hatte, bevor noch gerichtliche Entscheidungen Materiale für die praktische Anwendung des Gesetzes schaffen konnten. Der Verfasser wurde daher sachgemäß auf den zweiten Weg der Erläuterungen gewiesen. Und Niemand war wohl geeigneter, dieselben zu schreiben, als Lienbacher, welcher der Verfasser der ursprünglichen Entwürfe des Pressgesetzes und der Referent der hierüber stattgehabten ministeriellen Beratungen war.

Der Verfasser gibt zuerst eine theoretische Erörterung über materielle und formelle Gedankenfreiheit, welche erstere sich auf dem Gehalt des Gedankens, letztere auf die Form seines Ausdruckes bezieht. Die materielle Gedankenfreiheit findet ihre Beschränkung lediglich im gemeinen Strafseszbuche, die formelle in dem Pressgesetze. Daher bemerkt auch der Verfasser: „Nur die formelle Gedankenfreiheit kann ihre

Forderung an das Pressgesetz stellen, die materielle aber hat sie an das Strafseszbuch zu richten. Jene Kritiker, welche die Regierungsvorlage des neuen Pressgesetzes mit ihrem Tadel überhäufte, thaten dieses meist mit Motiven, welche dem Strafsesze entlehnt waren. Sie haben daher offenbar die Adresse verfehlt. Ein Pressgesetz thut Alles, was es zu leisten berufen ist, wenn es die formelle Gedankenfreiheit mittelst der Presse, die Pressefreiheit, zur Wahrheit macht.“ Der Verfasser unterläßt nicht hervorzuheben, daß die formelle Gedankenfreiheit erst dann ihre volle Wirksamkeit äußern könne, wenn auch die materielle ihre angemessene Ausdehnung und gesetzliche Garantie erhält. Er erinnert auch an die von dem Justiz-Ministerium entworfene Novelle zum allgemeinen Strafsesze, welche die Härten des letzteren beseitigen und die materielle Freiheit ausdehnen wollte. Diese Novelle ist — bekanntlich wegen staatsrätlicher Hemmnisse — nicht zur verfassungsmäßigen Behandlung gekommen; doch, tröstet der Verfasser, könne uns für jetzt die manifeste Tendenz genügen und es werde Sache des neuen Strafseszes sein, ihr gerecht zu werden; jedenfalls gehen jene, welche der bereits gewonnenen Pressefreiheit vor der Reform des Strafseszes jeden höheren Werth absprechen, im Unmuth ihrer Ungeduld zu weit — welcher Ansicht wir vollkommen zustimmen. Der Verfasser bekennt sich, schon in seiner Eigenschaft als Verfasser der erwähnten Strafseszenovelle, als Gegner des Strafseszes von 1852, vertheidigt aber die Strafbarkeit der Aufreizung zum Hass und zur Verachtung gegen Verfassung, Regierung, Gesetze und andere öffentliche Institutionen, jedoch mit der sehr wesentlichen Einschränkung derartiger strafbare Handlungen nicht als Verbrechen, sondern als Vergehen zu qualifiziren. Eine andere beachtenswerthe Ansicht des Verfassers geht dahin, daß die Verfassung die objektive Gefährlichkeit des Tathats vermindert hat, „welche Aenderung auch die Justiz nicht ignoriren könne, so hoch sie die Stabilität des Gesetzes achten und so consequent sie vorgehen möge.“

Der Abschnitt des Buches, welcher der „Ge-

sichte der österreichischen Pressefreiheit und ihrer gesetzlichen Normen“ gewidmet ist, bietet höchst interessante Reminiscenzen an die bedeutungsvollste Gesichtsperiode Oesterreichs, jene von 1848 — 1850.

„Die Geschichte der Presse eines Landes ist auch dessen politische Geschichte“ — mit diesen richtigen Worten leitet der Verfasser diesen Abschnitt ein. Er recapitulirt im Kurzen den Inhalt des ersten österreichischen Pressgesetzes vom 31. März 1848, welches von der Studentenschaft auf dem Universitätsplatze in Wien im unbesonnenen Freiheitstaumel verbrannt wurde. Damals, dünkt uns, wurde das erste Holz zu dem Scheiterhaufen herbeigetragen, auf welchem eine eben so unbesonnene und gewaltsame aber von unedelm Hass gesättigte Reaktion die Pressefreiheit in Oesterreich für ein Decennium vernichtete. Einige Bestimmungen jenes ersten österreichischen Pressgesetzes mögen immerhin hart und ungerechtfertigt gewesen sein; in einigen Punkten aber war es sogar weniger streng als unser jetzt geltendes. Wer liest nicht mit einiger, fast neidischer Verwunderung, daß nach jenem verfehlten Pressgesetze als Kaution für eine periodische Druckschrift, wenn dieselbe nicht öfter als drei Mal in der Woche erscheinen sollte, ein Betrag von 1000 fl., und bei öfterem Erscheinen von 2000 fl. zu erlegen war! Wäre dieses Pressgesetz von einer kraftvollen Regierung aufrechterhalten und gehandhabt worden, so wäre uns vielleicht — wir sagen, vielleicht — die Reaktion der späteren Jahre, sicher aber die Reaktion in ihrem krassem, erdöden Wesen erspart worden. Nur die cynische Zügellosigkeit einer fessellosen Presse mit ihren rohen revolutionären Folgeerscheinungen konnte jenen gewaltthätigen Gegenstoß herbeiführen, unter welchem wir so lange litten.

Die Lynchjustiz, welche an dem ersten Pressgesetze geübt wurde, veranlaßte die eingeschüchterte Regierung zu den provisorischen Pressverordnungen vom 18. Mai 1848, in welchem die wirksamsten Repressbestimmungen beseitigt waren. Es entfielen z. B. die Kautionspflicht, die Vorlegung von Pflichtexemplaren, die Nothwendigkeit, daß die Redakteure periodischer Druckschriften österreichische Staatsbürger seien; das öffent-

Konföderierten unter Lee hinter Fredericksburg auf das Haupt geschlagen. Der Fall Vicksburgs steht bevor, und Finanzminister Chase erklärte in einer Volksversammlung, daß der Krieg seinem Ende nahe sei.

Tagesbericht.

Laibach, 23. Mai.

Aus der Militärgrenze wird berichtet, daß die Rinderpest und der Milzbrand, ungeachtet der von den betreffenden Organen fortwährend an den Tag gelegten anerkenntenswerthen Energie bei Handhabung der vorgeschriebenen Präventiv- und Repressiv-Maßregeln im Laufe des Monats April abermals in vermehrter Häufigkeit und auf ausgedehnteren Strecken aufgetreten ist, und daß erst seit Ende des erwähnten Monats die Erkrankungsfälle wieder merklich seltener geworden sind.

Den fast ausschließlichen Standort dieser beiden Seuchen bilden die Bezirke des Oguliner, Gluiner 1. und 2. Banal-Grenz-Regiments, und nach allen Berichten stellte sich die Gewißheit heraus, daß der Knotenpunkt dieser exzentrischen Verschleppung der beiden Seuchen die Stadt Karstadt mit ihren Viehmärkten und dem von dort abgehenden Großhandel theils gegen Zivil-Kroatien, theils durch letzteres nach Ziume und Triest abgibt. Nachdem nunmehr aus Anlaß erneuerter Rinderpestfälle im Agramer Komitate die Viehmärkte in Karstadt eingestellt und für den Viehdurchzug durch Zivil-Kroatien bestimmte Einbruchstationen gegen das Gebiet der Militärgrenze eingeführt wurden, und zugleich die Abhaltung von Viehmärkten zunächst der Gordonslinie in der Karstädter und Banalgrenze bis auf Weiteres verboten wurde, darf man sich der Hoffnung hingeben, daß unter Fortsetzung der übrigen auf den Weidegang, dann den Eintrieb und Durchzug des bosnischen Viebes bezugnehmenden veterinär-polizeilichen Maßregeln, die nun eingetretene abermalige Verminderung der Seuchen-Erkrankungen eine stetige bleiben werde.

Im Uebrigen ist der Gesundheitszustand bei den Hausthieren im Grenzgebiete ein zufriedenstellender, denn mit Ausnahme des Warasiner und Kreuzer Grenz-Regiments, wo sich einige Umfälle von Rindern ohne bisher genau konstatirter Krankheitsart ergeben haben, sind von keiner Seite her Seuchenfälle bekannt geworden. Selbst im Otočaner Grenz-Regimente, wo die Rinderseuche früher bedeutend geherrscht hat, haben sich seit Mitte Februar d. J. keine neuen Erkrankungsfälle ergeben.

Wien, 22. Mai.

Der „Hon“ meldet: Sr. Excellenz der siebenbürgische Hofkanzler Graf Franz Radassdy soll an

einer heftigen Augenkrankheit leiden, und in Folge dessen seine Demission eingereicht haben, die jedoch nicht angenommen wurde.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Lemberg, 20. Mai, (Nachts). Privatnachrichten aus Brody zufolge soll am 17. zwischen Boryczew und Machnowka ein Kampf stattgefunden haben, welcher zu Gunsten der Insurgenten ausgefallen sei. Wisniewski zog über den Bug nach Kongresspolen zurück.

Lemberg, 21. Mai. Aus Husiatyn wird gemeldet: Im Haisinsker, Bracławker, Othopolster, Proscorower Bezirke ist am 19. Mai der Aufstand ausgebrochen. Aufständische des Proscorower Bezirkes haben die Richtung gegen Storokonsantinow genommen. Bei Cherson, Kijower Guberniums, hatten 100 Aufständische einen Zusammenstoß, wurden zerstreut und 14 gefangen. Bei 1000 Studenten von Kijow Boryczew sind zum Aufstande übergegangen.

Lemberg, 21. Mai. Eine Korrespondenz des „Goniec“ aus Moskau meldet: Der Aufstand jenseits des Dnieper ist in den Gouvernements Charkow, Pultawa, Tschernigow ausgebrochen. Bei Charkow stehen gegen 1000 Insurgenten unter russischen Offizieren.

Die „Gazeta narodowa“ meldet: Ueber 1500 Insurgenten besetzten Zwiabel am Eluc in Volhynien. Im Wasilkower Bezirk nahe bei Kiew erlitten die Insurgenten eine Niederlage; der Anführer Swiecinski und viele Kiewer Akademiker wurden gefangen. An der Beresina finden heftige Kämpfe statt.

Demselben Blatte zufolge verweigerte die Warschauer Kreditanstalt der Regierung ein Anlehen von 1 Million Rubel.

Krakau, 21. Mai. Dem „Gaz“ zufolge hat die Abtheilung Dorski's in der Gegend von Skodawa gegen die Russen unter Oberst Hilsbering glücklich gekämpft. Dombrowski soll wieder bei Kreczew die Russen geschlagen haben. In Porlachien bei Malskonia an der Warschau-Wilnaer Eisenbahn, unweit Czyzew, sollen die Abtheilungen des Myszkowski und Plucinski eine russische Abtheilung gänzlich aufgerieben haben.

Berlin, 21. Mai. Gleich bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erschien Herr v. Bismarck. Der Präsident verkündet, der Minister werde eine königliche Botschaft mittheilen.

Die Botschaft besagt: Durch den Auspruch auf die Disziplinargewalt gegen die Minister und das Anferlegen des Schwergens seien die Verfassungsrechte des Ministeriums verletzt. Durch zwei Schreiben habe das Ministerium Gelegenheit gegeben, die Sache auf die Bedeutung eines vereinzelter Falles zurückzuführen. Das Haus sei diesen versöhnlichen

Schritten nicht entgegengekommen, habe vielmehr indirekt das Verfahren seines Präsidenten sich angeeignet. Der Würde der Krone entspreche nicht eine solche Stellung der Minister. Also können wir, fährt die Botschaft fort, nur ermahnen, diesem Stande ein Ende zu machen, damit die geschäftlichen Verhandlungen weitergeführt werden können.

v. Bismarck verläßt das Haus. Virchow beantragt die Verweisung der Botschaft an den Adressatschuss. Die Minister hätten den König falsch berichtet, auch bei dieser Gelegenheit sei dem König zu zeigen, welche Rathgeber er habe. (Beifall.) Sybel und Graf Schwerin unterstützen den Antrag. Grabow will in der Tagesordnung fortfahren. Die Zurückweisung wurde einstimmig beschloffen. Die nächste Sitzung ist unbestimmt, wahrscheinlich morgen.

Berlin, 21. Mai. Der „Staatsanzeiger“ meldet: Der König hat gestern einige Schmerzanfälle gehabt, jedoch seltener und von kürzerer Dauer als vorgestern. Die Nacht war gut, ebenso das Befinden heute. Der König hat noch keine Vorträge entgegengenommen, aber den Besuch des Prinzen Karl empfangen.

St. Petersburg, 21. Mai. Die heutige „Nordpost“ meldet: Die westlichen Gouvernements erhalten organisirte Bauernbanden zur Ueberwachung und zum Schutze der Personen und Kommunikationen. Dieselben bestehen aus 60 bis 100 Mann in jeder Lokalität, wählen selbst ihre Anführer und unterstehen den Militärchefs oder der Provinzialpolizei.

Konstantinopel, 16. Mai. Haireddin Pascha, Gouverneur von Erzerum, soll vor Gericht gestellt werden. Rubar Bey, Sekretär des Vizekönigs, wird hier erwartet, um einen Ferman zu erwirken, welcher die Verpflichtungen des Vizekönigs gegen Herrn von Lesseps sanktionirt. Aus Suchumkale wird gemeldet, die Tcherkessen verfassen ein Memorial an die hiesigen Gesandtschaften wegen Wegnahme ihrer Schiffe in den türkischen Gewässern durch russische Kreuzer.

Athen, 16. Mai. Ein neues Ministerium wurde gebildet: Rufos Präsident, Condidis Minister des Innern, Kommunduros Finanzen, Platis Justiz, Delhamie Aeußeres, Volzaris Krieg, Canaris Sohn Marine, Galifronas Kultus. Der Minister des Aeußeren richtete eine Note an Skarlett, worin versichert wird, die Regierung werde das Mögliche thun, damit die Fremden vollständige Sicherheit genießen. Fast alle Urheber des letzten Attentates sind verhaftet. Die National-Versammlung votirte den Schutzmächten ihren Dank für die bisherigen Wohlthaten. Nach Lamia wurden anlässlich eines Konfliktes zwischen der Garnison und der Bevölkerung Truppen abgeschickt. Die National-Versammlung votirte 10.000 Drachmen für die Verunglückten in Rhodus. Englische Reisende, welche den Pentelikon besuchten, wurden ausgeraubt.

liche Anschläge der Druckschriften, wie der Straßenverkauf derselben wurde gegen bloße Anzeige gestattet, u. s. w. Die Preßmiser, welche sich in Folge dieses Preßgesetzes schneigte, schildert der Verfasser mit lebhaften Farben und schlagenden Thatfachen. Ein Preßgesetz war da, aber vorerst kein Preßgericht, um es anzuwenden, kein Staatsanwalt, um die Anklage zu erheben. Erst im Juni und Juli 1848 wurden die Staatsanwälte ernannt. Als sie ihre Dekrete erließen, fanden sie im Amte keine Pflichtexemplare von Druckschriften vor, so daß sie diese in Kaffee- und Gasthäusern oder an den Mauern hätten lesen sollen, um zu erfahren, ob sie etwas Strafbares enthielten. Viele Sicherheitsbehörden, welchen ebenfalls die Ueberwachung der Presse oblag, hielten sich völlig unthätig wegen der Preßsion, welche die öffentlichen Blätter auf sie ausübten. Eine Sicherheitsbehörde verweigerte trotz Aufforderung des Staatsanwalts die Vornahme einer Beschlagnahme „wegen ihrer eigenen Mäßigkeit“ und in Wien selbst war bereits eine solche Desorganisation unter den Sicherheitsbehörden eingetreten, daß der Staatsanwalt am 25. Juni 1848 an das Ministerium des Innern die Anfrage stellte, welche denn zur Zeit in Wien die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe bestellte Ortsbehörde sei? Gewiß eine die damaligen Zustände trefflich charakterisirende Anfrage! Von allen Seiten liefen Beschwerden ein über die Unthätigkeit der Staatsanwälte; ja selbst der bekannte „Sicherheits-Ausschuß“ erhob Beschwerde darüber. Als sich aber die Staatsanwaltschaft von Wien an diesen, dem vom Ministerium des Innern alle Sicherheitsbehörden Wiens unterstellt worden waren, wegen Erwirkung der den letzteren auferlegten Amtshandlungen in Preßsachen wendete, wies er die Staatsanwaltschaft darauf hin, daß sie von Amtswegen vorzugehen habe. Diese erklärte sodann in einem Berichte an das Ministerium, daß es ihr unmöglich sei, die ganze Presse von Nieder-Oesterreich zu überwachen, und daß ihr das provisorische Preßgesetz selbst die größten Schwierigkeiten bereite. Sie sollte die Zeitschriften abon-

niren und hatte nicht die genügenden Fonds; und wie sollte sie die in Hunderten von Flugblättern, Plakaten, Proklamationen auftauchende Gassenliteratur ohne Pflichtexemplare überwachen? Sie sah sich zu dem sonderbaren, die ganze Hilflosigkeit der Behörden darlegenden Auskunftsmittel genöthigt, durch die „Wiener Zeitung“ die Aufforderung an das Publikum ergehen zu lassen, Uebertretungen des Gesetzes zu ihrer Kenntniß zu bringen!

Endlich war das Geschwornen-Preßgericht gebildet und die erste Strafgerichtsverhandlung fand am 27. August 1848 statt. Der Staatsanwalt erhob die Anklage gegen die beiden Redakteure des bekannten republikanisch-revolutionären „politischen Studenten-Couriers“ wegen zweier Artikel: „Der Republikaner in der Alservorstadt“ und „Die Republik in Wien“, worin der Ankläger das Vergehen der Aufreizung gegen die Konstitution des österreichischen Kaiserstaates erkannte. Der Staatsanwalt bat um Verurtheilung, da es „schon hohe Zeit sei, der frechen Presse Zügel anzulegen.“ Die Geschwornen sprachen ihr — Nichtschuldig unter lautem Volksjubel. Gegenüber dieser bedenklichen Thatsache zog die Staatsanwaltschaft eine weitere Anklage wegen derselben in einem andern Blatte abgedruckten Artikel als voraussetzlich ebenso erfolglos zurück und erhob wegen eines politischen Vergehens keine Anklage mehr.

Das waren die Auswüchse einer zügellos freien Presse.

Nicht weniger grell waren die Auswüchse der beginnenden Reaktion. Windischgrätz belagerte Wien. Wer erinnert sich nicht an jene klassische Proklamation dieses Fürsten vom 23. Oktober 1848, in welcher wörtlich verfügt wurde, wie folgt: „Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendiren, mit Ausnahme der „Wiener Zeitung“, welche sich auf offizielle Mittheilungen zu beschränken hat.“ Damit wäre freilich die Preßfreiheit gründlich beseitigt gewesen. Die Verfügung wurde aber nicht in ihrer vollen Strenge gehandhabt. Uebrigens war während der Herrschaft der Militärgewalt

die Geltung des Preßgesetzes suspendirt. Im März 1849 erschien ein neues provisorisches Preßgesetz, welches vielfach unserem jetzt geltenden nahesteht. Die Zeitungskautionswurde mit 10.000 fl. C. M. für alle mehr als wöchentlich drei Mal in Orten von wenigstens 60.000 Einwohnern erscheinende Zeitungen festgesetzt und das Konzessionsystem beseitigt. Die Militärbehörde in Wien kehrte sich aber an diese Bestimmungen nicht. Sie gab Konzessionen zur Herausgabe von Zeitungen, und erließ den Kautions-Erlag. Öffentliche Strafverhandlungen durften während des Belagerungszustandes nicht abgehalten werden. Und so wurden zwar Untersuchungen wegen Preßübertretungen geführt, aber nur — um Verjährungen vorzubeugen.

Wie die Reaktion weiter vorschritt, wie die Erlasse vom Jahre 1851 die Preßordnung vom Jahre 1852 vorbereiteten, wie diese selbst die Preßfreiheit gänzlich vernichtete, ist in aller Zeitgenossen nur zu lebhafter Erinnerung. Mit richtigem Takte beklagt es der Verfasser, daß nicht einmal das Strafgesetz und die Preßordnung vom Jahre 1852 die Preßfreiheit für die Reaktion noch hinlänglich zu beschränken schienen, und daß ein Erlaß vom Jahre 1854 den Staatsbeamten jede Betheiligung an der periodischen Presse ohne Vorwissen ihrer Vorgesetzten untersagte. Mit Recht bemerkt der Verfasser, daß damit das Gesetz selbst die literarische Thätigkeit zu den bedenklichen und mit der Amtswürde wenig verträglichen zu zählen schien. Und in der That, wenn die Presse nicht allen Anforderungen genügt und ihre Repräsentanten theilweise nicht in jener Achtung standen, welche denselben nach der Qualität ihrer Beschäftigung gebührt hätte, so hat die Reaktion selbst diese Erscheinung verschuldet, indem sie den Literaten geistlich zum sozialen Paria stempelte. Nun, diese traurige Zeit ist hoffentlich für immer vorüber, und mit der geschäftlich garantierten Preßfreiheit wird sich auch die Würde der Presse und die Achtung gegen ihre Träger ins Gleichgewicht setzen. (Vollst.)

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, 20. Mai. (Mittags 1 1/2 Uhr.) (Nr. 313. Abbl.) Die Haltung entschieden fest, in den Kursen selbst jedoch die Aufbesserung nur unmerklich. Fonds-papieren um 1/10 bis 1/20 % höher. In 1860er Lose die Fünftel besonders gefragt. Pardubitzer fast um 2 fl., Kredit-Aktien um nahezu 1 fl. besser als gestern bezahlt. Nord- und südliche Staatsbahn-Aktien matter. Wechsel auf fremde Plätze bei stillen Umläufen zu der gestrigen Geld-Notiz heute Waare Geld im Gekomple und Leihgeschäfte sehr häufig.

Öffentliche Schuld.				Geld				Wechsel			
A. des Staates (für 100 fl.)				Geld				Wechsel			
In österr. Währung zu 5%	72.30	72.40		Ob- u. Def. und Salz. zu 5%	85.50	85.50		Galliz. Karl-Ludw.-Bahn z. 200 fl.	198	198.50	
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz.	95.40	95.60		Böhmen	85.50	85.50		G.M. mit Einzahlung.	436	437	
ditto ohne Abschluß 1862	93.90	94.00		Steiermark	85.50	85.50		Def. Den.-Dampfsch.-Gef.	237	239	
National-Anleihen mit				Kärnt., Krain u. Küst.	85.50	85.50		Wiener Dampfsch.-Akt.-Gef.	395	400	
Jänner-Coupons	5%	81.25	81.35	Mähren u. Schlesien	87.50	87.50		Böhm. Kettenbrücken	393	396	
National-Anleihen mit				Ungarn	77	77.50		Böhm. Westbahn zu 200 fl.	163.25	163.50	
April-Coupons	5%	81.20	81.25	Tem. Ban., Kro. u. Slav.	75.75	76		Eisenbahn-Aktien 200 fl. G. M.	147	—	
Metalliques	5%	76.40	76.50	Galizien	74.75	75		m. 140 fl. (70%) Einzahlung.	147	—	
ditto mit Mai-Coup.	5%	76.45	76.50	Siebenb. u. Bukow.	73.50	74.15		Pfandbriefe (für 100 fl.)			
ditto mit Verlosung v. Jahre 1839	41	68.85	69.20	Bruckianisches Mil. 1859	—	92.50		National-Glück. v. 3. 1857; 5%	104.70	104.90	
mit Verlosung v. Jahre 1854	95	95	95.50	Aktien (pr. Stück)				bank auf 10	101.75	102	
1860 zu	99	99	99.20	Nationalbank	796	798		G. M. verlosbare	92	92.50	
zu 100 fl.	99.70	99.90		Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	135.20	135.30		Nationalb. auf d. W. verlosb. 5%	88	88.25	
Gemein. Anleihen. zu 42 L. Austr.	16.75	17		N. d. Saccom. Gef. z. 500 fl. d. W.	635	635		Loose (per Stück)			
B. der Kronländer (für 100 fl.)				R. Ged.-Nordb. z. 1000 fl. G.M. 1738	1738	1738		Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	134	134.25	
Grundentlastungs-Obligationen.				Staats-Glück. Gef. zu 200 fl. G.M.	215	215.50		zu 100 fl. d. W.	96.75	97.25	
Nieder-Österreich zu 5%	87.50	88.50		oder 500 Kr.	153	153.50		Don.-Dampfsch.-G. zu 100 fl. G.M.	36	36.50	
				Kais. Glück.-Bahn zu 200 fl. G.M.	130.75	131		Städtgem. Wien 40 G. M.	98	98.50	
				Süd.-nordb. Verb.-V. 200	130.75	131		Österr. Lloyd	37.75	38.25	
				Süd.-Staats- lomb. ven. n. entr.	—	—		Salz	—	—	
				ital. Glück. 200 fl. d. W. 500 Kr.	—	—					
				mit Einzahlung.	213.50	214.50					

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 22. Mai 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 76.55	Silber 110.35
5% Nat. = Ant. 81.25	London 110.60
Bankaktien . . . 797	R. f. Dufaten . . . 5.28
Kreditaktien . . . 194.70	

Fremden-Anzeige.

Den 21. Mai 1863.

Hr. v. Bungeval, k. k. Hofrath, von Karlsbad.
— Die Herren: Schmidt, pens. Beamter, — Gnaser, und — Epstein, Handelsmann, von Wien. — Die Herren: Plandolli, und — Cendra, von Graz. — Hr. Kruschitz, pens. Beamter, von Ugram. — Hr. Arichmayer, Kaufmann, von Vilsch. — Hr. Martini, Handelsmann, von Mailand. — Hr. Soligo, Handelsmann, von Mantua. — Hr. Wilcher, Handelsmann, von Práwald. — Hr. Piccoli, von Verona.

Verstorbene.

Den 15. Mai. Dem Johann Meizen, Viktualien-Händler, seine Gattin Maria, alt 52 Jahre, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 18, an der Auszehrung. — Dem Herrn Johann Schiffer, k. k. Grundbuchsführer, sein Sohn Heinrich, alt 8 Jahre, in der Stadt Nr. 139, am fiessem Ergüsse in die Gehirnhöhlen.

Den 16. — Andreas Rump, Tagelöhner, alt 63 Jahre, in Zivil-Spital Nr. 1, an Erschöpfung der Kräfte. — Dem Michael Markolini, Packer, sein erst gebornes Zwillingsskind Philipp, alt 16 Tage, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 74, an Schwäche.

Den 17. — Dem Anton Jenko, Kleinkrämer, seine Gattin Maria, alt 57 Jahre, in der Stadt Nr. 206, an der Lungensucht. — Frau Henriette Seemann, Lehrerswitwe, alt 72 Jahre, im Zivilspital Nr. 1, an der Lungentzündung. — Dem Ignaz Eger, Bahnwächter, sein Kind Josef, alt 14 Wochen, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 137, an Krämpfen. — Der Frau Karolina Tögl, k. k. Postoffizialschwägerin, ihr Kind Johann, alt im 3. Lebensjahre, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 61, an den Blattern.

Den 18. — Dem Blas Belzb, Tagelöhner, sein Weib Maria, alt 40 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 79, an der Wassersucht. — Amalia Schweizer, Tischlerstochter, alt 9 Jahre, in Zivil-Spital Nr. 1, an der Lungentuberkulose. — Dem Anton Zierer, Verarbeitungs-Aufsicht, seine Gattin Theresia, alt 58 Jahre, in der Polana-Vorstadt Nr. 71, an der Entartung der Unterleibsorgane. — Dem Herrn Josef Vogl, erster Bank-Fiskal-Beamter in Laibach, seine Frau Rosalia, alt 40 Jahre, in der Polana-Vorstadt Nr. 74, an der Lungentuberkulose.

Den 19. — Dem Herrn Johann Bauder, Tischlermeister, seine Gattin Magdalena, alt 52 Jahre, in der Stadt Nr. 60, an der heftigen Lungensucht.

Den 20. — Maria Balziga, Institutsarmer, alt 83 Jahre, im Versorgungshause Nr. 4, an der Lungensucht. — Dem Herrn Martin Wernig, Haus- und Realitäten-Besitzer, seine Gattin Anna, alt 62 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 77, am Nervenschlag. — Maria Bernet, Inwohnerwitwe, alt 59 Jahre, im Zivil-Spital Nr. 1, an der Lungentuberkulose.

Den 21. — Frau Maria Perko, Beamten-witwe, alt 70 Jahre, im Zivilspital Nr. 1, und Margareta Kofelz, Institutsarmer, alt 65 Jahre, im Versorgungshause Nr. 5, beide an der Altersschwäche.

3. 969. (3)



Die große Menagerie Kallenberg

ist täglich von Früh 8 bis
Abends 8 Uhr geöffnet.
Fütterung 4 und 7 Uhr
Nachmittag.

A. Kallenberg.

Lottoziehungen vom 20. Mai.

Wien:	45	76	58	74	78.
Graz:	55	17	76	9	18.

3. 981.

Eingesendet.

Dem O-Korrespondenten der „Grazzer Tagespost“ gefällt es von Zeit zu Zeit, so neuerdings in der Nummer vom 19. d. M., Laibacher Verhältnisse in einer Art zu besprechen, die hier nur die gerechteste Ent-
rüstung hervorrufen konnte.

Da Böswilligkeit oder Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse dem betreffenden Korrespondenten die Feder geführt zu haben scheinen, fordern wir selben hiemit auf, uns mit offenem Visier entgegenzutreten, worauf wir mit gleicher Offenheit ihm Punkt für Punkt seiner Aussage widerlegen werden.

Laibach am 23. Mai 1863.

Einige Bürger.

3. 975. (1)

Bei Gefertigtem ist zu haben täglich frisch gesottener **Grazer Schinken** (pr. Portion 15 Kr.), roh à Pfd. 46 Kr.; frisch gesot-
tene **Zungen**, seine **Salami**, frische **Sar-
dinen**, gut gefeldete **Kraiser Würste**,
gut gefeldeter **Speck** von 30 bis 50 Kr.
pr. Pfd.; reine **Pester Schweinefette**
à Pfund 38 Kr.; frisches **Rindschmalz**
Pfund 50 Kr.; alle Gattungen **feine Käse**,
und verschiedene **Chwaren**.

Auch kann ich meine rühmlichst bekannte

Stiefel-Wichse

bestens empfehlen.

Um geneigten Anspruch bittet

Wilh. Schiffer,

Juden-gasse, Eckgewölbe im
Schrey'schen Hause.

3. 963. (2)

Rundmachung.

Am Hauptplatz nächst dem
Bischofshof Nr. 310 werden gute
Weine an sitzende Gäste die Maß
à 32 und 40 fr., über die Gasse
pr. Maß um 4 fr. billiger aus-
geschenkt, wozu um geneigten
Anspruch gebeten wird.

3. 987. (1)

Die in sämtlichen k. k. österreichischen Staaten rühmlichst bekannte, von den ersten Medizinal-Kollegien Deutschlands
geprüft und von der hohen k. k. Statthalterei in Ungarn wegen ihrer ausgezeichneten Verwendbarkeit konfessionierte Weber'sche

Universal-Gichtleinwand

gegen jede Art Leiden,

Gicht, Rheumatismus (Gliederreizen, Herzensschmerz), Rothlauf, jede Art Krampf in Händen, Füßen und besonders Krampf-
adern, Kopfschmerz, geschwollene Glieder, Verrenkungen und Seidenfäden mit sicherem Erfolge als erstes schnell und sicher
helfendes Mittel anzuwenden. — In Packeten mit Gebrauchsanweisung à 1 fl. 5 kr., doppelt stark für erschwerte Leiden
à 2 fl. 10 kr. d. W.

Ebenso das berühmte

Pariser Universal-Pflaster

gegen jede mögliche Art Wunden, Frostbeulen (Gefäße) und Säuerungen. — 1 Ziegel sammt Gebrauchsanweisung kostet
35 Kr.; größere Ziegel 52 Kr. ist einzig und allein echt zu haben in Laibach bei Herrn **Johann Kraschowitz**,
zur „Brieftaube“ Nr. 240 am Hauptplatz.

Bei **Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg**
in Laibach ist soeben erschienen und zu haben, sowie
beim **Grotten-Kassier** in Adelsberg:

Die Adelsberger Grotte.

Von

Dr. Ethbin H. Costa.

(Mit einem Situationsplan der Grotte.)

2. Auflage, brosch. 50 fr. d. W.

3. 986. (1)

Nr. 2718.

Verkauf

einer eisernen Brücke für 9 Klafter
Spannweite.

Bei der Thörlbachbrücke (Station Kapfenberg) ist eine
in vollkommenem gutem Zustande befindliche, komplette,
eiserne Blechbrücke zu verkaufen, welche sowohl bei
Straßen- als auch Eisenbahn-Ueberbrückungen sehr
gut verwendbar ist.

Das Tragvermögen bei Anwendung für Straßen-
brücken, ist bei einer Spannweite von 9 Klafter 1800
Wiener-Zentner.

Die ganze Brücke wiegt circa 417 Wiener
Ztr., wobei 337 Ztr. Schmied- und Walzisen, und
80 Ztr. Gußisen sind.

Die nähere Details, Pläne und Bedingungen
können auf dem Bureau der Bahn-Inspektion Graz,
Amnenstraße Nr. 597 eingesehen werden.

Die Offerte sind schriftlich bis zum 30. Juni 1863
an den Unterzeichneten einzusenden, und in denselben
die Angebote pr. Wiener Zentner Gußisen und
Schmiedisen getrennt anzuführen.

Graz am 21. Mai 1863.

F. Grein, m. p.

Inspektor der Südbahn.

3. 974. (2)

Ein Müller,

der sich in Wien vollständige praktische Kenntnisse als
Schäfer und Ober-Müller erworben hat, und im Stande
ist, jedes Werk nach praktischer Weise zu führen und
alle entsprechenden Mehlsorten zu erzeugen, vom Mehl
40 Pfd. reinen Auszug, wünscht seine Lage zu ver-
bessern und in einer großen Mühle oder Dampfmühle
unterzukommen und baldigst placiert zu werden.

Briefliche Zuschriften erbittet man unter der
Adresse **P. W.** im Gasthaus zum „**Kaiserlichen
Hof**“ in Laibach.

3. 968. (2)

In der Stadt **Neustadt**, **Haus-Nr. 98**,
am Hauptplatz,

ist ein solid hergestelltes Gewölbe, in welchem
seit sehr vielen Jahren mit dem besten Erfolge
gearbeitet wurde, geeignet für jedes Handlungs-
geschäft, gegen billige Bedingungen sogleich zu
vermieten. Das Nähere beim frühern Haus-
eigenthümer Herrn **Johann Glogotschnig**.